

Gespart wird später

US-Präsident Obama legt seinen Haushaltsentwurf für 2011 vor

Stormy-Annika Mildner / Edna Dretzka

Präsident Barack Obama steht vor einer schier unlösbaren Aufgabe: Er soll die Beschäftigung in den USA fördern, gleichzeitig aber auch die ausufernde Staatsverschuldung bekämpfen und die Basis für ein nachhaltiges Wachstum legen. Nachdem sein erstes Amtsjahr ganz unter dem Motto »Erst stabilisieren, dann konsolidieren« gestanden hat, ist wegen der noch immer hohen Arbeitslosigkeit von rund 10 Prozent auch 2010 nicht mit sinkenden Staatsausgaben zu rechnen. Gespart werden soll erst im Haushaltsjahr 2011 (Oktober 2010 – September 2011), wie aus dem Etatentwurf hervorgeht, den die Administration Anfang Februar 2010 vorgelegt hat. Im laufenden Haushaltsjahr wird das Defizit eine Rekordhöhe von 10,6 Prozent des BIP erreichen; für 2011 peilt man einen Fehlbetrag von 8,3 Prozent an. Doch selbst diese Reduktion – so notwendig sie auch sein mag – ist angesichts der wirtschaftlichen Lage und der politischen Widerstände im Kongress ein ambitioniertes Ziel.

Obama hat den Großteil der Staatsschulden geerbt. Bereits während der ersten Amtszeit seines Vorgängers George W. Bush hatten sich die Überschüsse der Clinton-Administration infolge von Konjunkturmaßnahmen, Steuersenkungen und hohen Kriegsausgaben wieder in Defizite verwandelt. 2008/2009 kamen wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch erhebliche Ausgaben für Bankenrettung und Wirtschaftsstabilisierung sowie rapide sinkende Steuereinnahmen hinzu. Letztlich half es Obama daher wenig, dass 2009 zahlreiche Großbanken ihre staatlichen Hilfskredite vorzeitig zurückzahlten. Mit einem Defizit von rund 10,6 Prozent des BIP liegen die USA laut dem jüngsten OECD Economic Outlook

deutlich über dem OECD-weiten Durchschnitt von etwa 8 Prozent des BIP (vgl. Abb. 1).

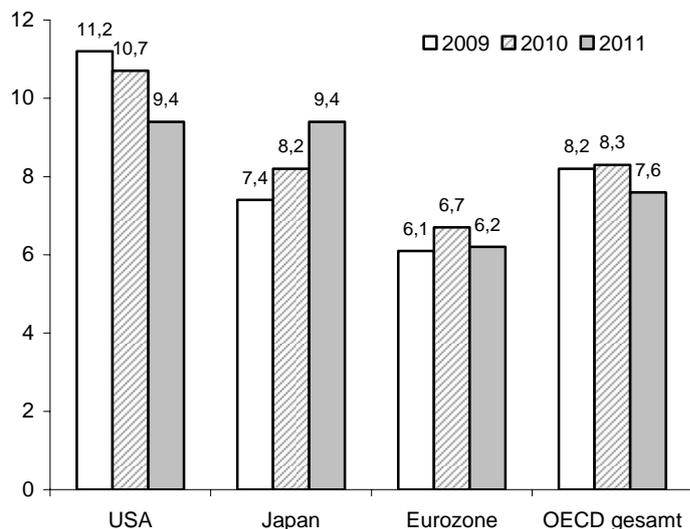
Nach dem Haushaltsentwurf für 2011, den das zum Weißen Haus gehörende *Office of Management and Budget* (OMB) vorgelegt hat, soll daher das Defizit von geschätzten 1,56 Billionen Dollar (2010) auf 1,27 Billionen Dollar reduziert werden. Voraussetzung ist, dass die Wirtschaft 2010 wieder wächst, und zwar inflationsbereinigt um 2,7 Prozent. Für das Haushaltsjahr 2011 wird sogar von einem Wachstum um 3,8 Prozent, für 2012 um 4,3 Prozent ausgegangen. Tatsächlich deuten die meisten Wirtschaftsdaten gegenwärtig auf einen recht robusten Aufschwung (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Wirtschaftliche Eckdaten der USA nach OMB-Angaben (2010–2020 Prognose)

	BIP- Wachstum in % (Kalenderjahr)	Haushalts- defizit in Mrd. Dollar (Haushaltsjahr)	Haushalts- defizit in % des BIP (Haushaltsjahr)	Öffentliche Verschuldung in Mrd. Dollar (Haushaltsjahr)	Öffentliche Verschuldung in % des BIP (Haushaltsjahr)	Inflations- rate in % (Kalenderjahr)	Arbeits- losenrate in % (Kalenderjahr)
2008	0,4	459	3,2	5.803	41,0	3,8	5,8
2009	-2,5	1.413	9,9	7.544	53,0	-0,3	9,3
2010	2,7	1.556	10,6	9.298	63,6	1,9	10,0
2011	3,8	1.267	8,3	10.498	68,6	1,5	9,2
2012	4,3	828	5,1	11.472	70,8	2,0	8,2
2015	3,6	752	3,9	13.988	72,9	2,0	5,9
2020	2,5	1.003	4,2	18.573	77,2	2,1	5,2

Quelle: OMB, U.S. Budget 2011, Economic Assumptions, <www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2011/assets/econ_analyses.pdf>.

Abbildung 1
Defizite in ausgewählten OECD-Ländern und Regionen
(in Prozent des BIP für Kalenderjahr)



Quelle: OECD, Economic Outlook, (November 2009) 86.

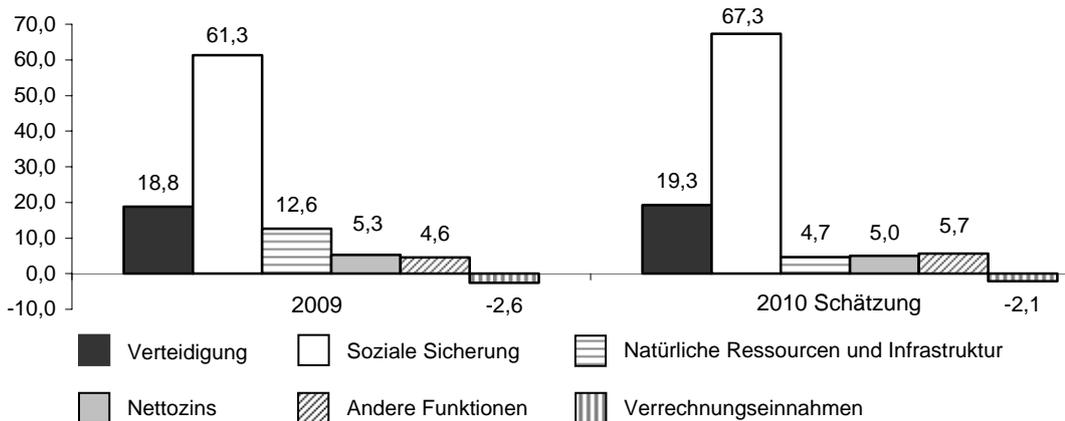
Im vierten Quartal 2009 wuchs die US-Wirtschaft um 5,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, und die Zahl der neuen Jobverluste ging leicht zurück. Von den Konjunkturanalysten rechnet derzeit kaum noch jemand mit einem erneuten Einbruch der Wirtschaft. Dennoch könnten die Obamas Haushaltsentwurf zugrunde liegenden Wachstumsraten zu optimistisch sein. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach bleibt es bei einer Arbeitslosenquote von rund 10 Prozent, und das Konsumenten-

vertrauen hat sich seit dem Jahreswechsel noch einmal deutlich verschlechtert. Das Congressional Budget Office (CBO) geht daher auch von niedrigeren Wachstumsraten aus (2011: 1,9 Prozent) als das OMB. Wie wichtig indes die Wachstumsprognose für das erwartete Haushaltsdefizit ist, zeigt folgende Berechnung des OMB: Sollte die Wirtschaft 2010 um ein Prozent weniger wachsen als prognostiziert (mit einer Erholung 2011), würde das Defizit 2010 um rund 17 Prozent und 2011 um etwa 28 Prozent höher ausfallen. Bliebe eine Erholung des Wachstums 2011 aus, würde das Defizit 2011 sogar um rund 34 Prozent ansteigen.

Selbst wenn das Etatdefizit in den kommenden Jahren wieder schrumpft, werden die Staatsschulden zunächst weiter steigen, und zwar von 53 Prozent des BIP im Haushaltsjahr 2009 auf 68,6 Prozent 2011; im Jahr 2020 könnten die Staatsschulden laut OMB dann bei 77 Prozent des BIP liegen (vgl. Abb. 3). Das CBO schätzte Anfang März sogar einen Anstieg auf 90 Prozent bis 2020. Die Prognosen für die Haushaltsentwicklung der folgenden Jahrzehnte fallen düster aus. Da die Babyboomer-Generation ins Rentenalter kommt, ist mit einem deutlichen Kostenanstieg der Rentenversicherung (Social Security) zu rechnen. Laut CBO werden die Ausgaben für die Altersversorgung von 700 Milliarden Dollar heute (4,8 Prozent des BIP) bis 2020 auf 1,2 Billionen Dollar (5,2 Prozent des BIP) wachsen.

Abbildung 2

Anteile einzelner Ausgabenposten an den gesamten Staatsausgaben 2009/2010 (in Prozent)



Quelle: OMB, *The President's Budget for Fiscal Year 2011*, Historical Tables, Tabelle 3.1, www.whitehouse.gov/omb/budget/.

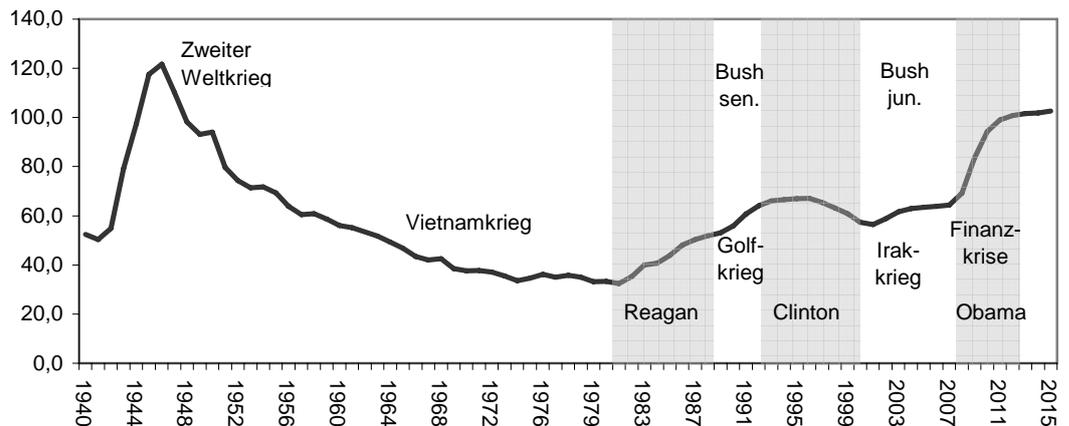
Leitthemen des Entwurfs

Noch für dieses Jahr hat Obama 100 Milliarden Dollar zur Stützung von Wirtschaft und Beschäftigung eingeplant, insbesondere Steuererlasse für kleine und mittlere Unternehmen sowie Hilfen für die Bundesstaaten. Für 2011 schlägt er eine Schwerpunktverschiebung bei den Ausgaben vor, die klar seine Reformagenda widerspiegelt – auch wenn diese etwas weniger ambitioniert ausfällt als im vergangenen Haushaltsentwurf. Künftig sollen die Ausgaben vor allem investiven Charakter haben, also das Wachstumspotential der US-Wirtschaft langfristig verbessern. Dies betrifft Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und erneuerbare Energien. Außerdem schlägt Obama eine dreijährige Sperre für Ermessensausgaben (*discretionary spending*) vor. Ausgenommen von der temporären Etat-Disziplin sind Bereiche wie die Rentenversicherung und die staatlichen Krankenversicherungen für ältere und bedürftige Menschen (*Medicare* und *Medicaid*), ebenso der Verteidigungsetat. Schließlich sollen Ausgaben gekürzt werden, darunter Subventionen für die Öl-, Gas- und Kohleindustrie. Letzteres soll in den kommenden zehn Jahren Ausgaben in Höhe von 39 Milliarden Dollar einsparen. Insgesamt sollen 120 staatliche Projekte gestrichen werden, darunter auch

das *Constellation*-Programm der Nasa für bemannte Mondflüge. Ferner will Obama gegen die Praxis des *Pork-Barrel-Spending* und der *Earmarks* vorgehen – dabei werden Gesetzesvorhaben mit sachfremden Ausgaben verknüpft, die allein der Wählerklientel einzelner Kongressmitglieder zugutekommen.

Was die Einnahmenseite betrifft, hofft Obama auf höhere Zuflüsse durch das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Rücknahme von Steuervergünstigungen und die Einführung neuer Steuern. Allein dadurch, dass 2011 die Steuersenkungen der Bush-Regierung für Amerikaner mit einem Jahreseinkommen von mehr als 250 000 Dollar auslaufen, verspricht sich der Präsident bis 2020 Mehreinnahmen von 208,5 Milliarden Dollar. Zudem fordert der Etatentwurf eine Sondersteuer für Banken mit Vermögenswerten von mehr als 50 Milliarden Dollar. Diese *Financial Crisis Responsibility Fee*, von der rund 50 Unternehmen betroffen sein dürften, soll eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren haben und dem Staat Einnahmen von insgesamt 90 Milliarden Dollar bringen. Von der Sonderabgabe ausnehmen will man die Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac sowie die Automobilindustrie – auch wenn sie umfangreiche Staatshilfen erhalten haben.

Abbildung 3
Staatsschuld der USA (in Prozent des BIP, 2011/2015 Prognose)



Quelle: OMB, *The President's Budget for Fiscal Year 2011* [wie bei Abb. 2], Historical Tables, Tabelle 7.1.

Fannie Mae und Freddie Mac stärker in die Verantwortung zu nehmen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll – die beiden Unternehmen befinden sich seit ihrer Rettung im Herbst 2008 ohnehin in Staatsbesitz. Eine höhere Besteuerung der Autoindustrie wiederum ist angesichts der Krise, in der sie nach wie vor steckt, weder wirtschaftlich angebracht noch politisch erwünscht. In seinem letzten Haushaltsentwurf hatte Obama auch die Auktionierung von Treibhausgas-Emissionsrechten als eine neue Einnahmequelle genannt. Angesichts der erheblichen Widerstände, auf die die klimapolitischen Gesetzesvorschläge im Kongress gestoßen sind, rechnet der aktuelle Budgetentwurf jedoch nicht mehr mit Zusatzeinnahmen für den Staat durch die Einführung eines Emissionshandelssystems.

Belastung der Wirtschaft

Solange der Aufschwung in den USA noch instabil ist, ein erneuter Einbruch der Wirtschaftsleistung nicht ausgeschlossen werden kann und die Arbeitslosigkeit hoch bleibt, ist Obamas Strategie genau die richtige. Dabei können die Staatsausgaben nicht nur kurzfristig Konsum und Produktion stabilisieren. Wenn die Schwerpunkte richtig gesetzt werden und die Ausgaben nicht nur konsumptiver, sondern auch

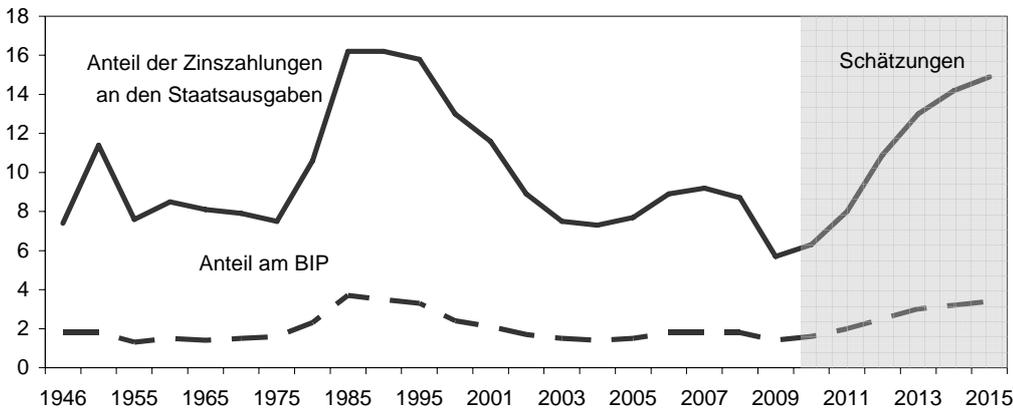
investiver Natur sind, können sie das Wachstumspotential der USA langfristig verbessern. Eine antizyklische Fiskalpolitik bedeutet allerdings auch Sparen in Aufschwungzeiten – und genau hier liegt die Crux. Denn kein Politiker spart gerne, vor allem nicht, wenn Wahlen anstehen – wie jene zum Kongress im November 2010.

Hinzu kommt, dass das Defizit allein schon wegen der hohen Zinsen auf die Staatsschulden automatisch steigt – im Haushaltsjahr 2010 werden Zinszahlungen über 6 Prozent der Staatsausgaben ausmachen. Der Haushaltsprognose des OMB zufolge könnten 2015 die Zinsleistungen fast so hoch ausfallen wie die Ausgaben für *Medicare* oder den Verteidigungssektor und sogar höher als jene im Bereich Einkommensstützung. Damit wären sie einer der größten Ausgabenposten überhaupt. Die Dimension dieser Bürde wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass Zinszahlungen im Jahr 2015 laut OMB 3,4 Prozent des BIP betragen könnten (vgl. Abb. 4).

Die Gefahr, dass nachkommende Generationen durch die Staatsverschuldung massiv belastet werden, ist groß. Denn der Staat greift via Kapitalmarkt automatisch auf die Reserven, also den Kapitalstock, der USA zu. Damit jedoch verringert er die finanziellen Ressourcen, die Unternehmen für Investitionen zur Verfügung stehen, und

Abbildung 4

Anteile der Zinszahlungen, die auf Staatsschulden zu leisten sind, an den gesamten Staatsausgaben und am BIP (in Prozent)



Quelle: OMB, *U.S. Budget 2011, Economic Assumptions* [wie bei Tabelle 1], S. 55, Tabelle 6-1.

schwächt so das potentielle Wachstum der Volkswirtschaft. Überdies ist nicht garantiert, dass strukturelle Investitionen des Staates automatisch dem langfristigen Wachstum dienen. Leiht sich der Staat Geld auf den Kapitalmärkten, treibt er durch diese zusätzliche Nachfrage die Kreditzinsen nach oben. Private Investitionstätigkeit wird so verdrängt und durch öffentliche Investitionsprogramme substituiert. Da staatliche Investitionen oft ineffizienter sind als private, kann der sogenannte *Crowding-Out*-Effekt ein langfristig niedrigeres Wachstum bewirken. Dies war in den 1980er Jahren zu beobachten, als das Investitionsniveau aufgrund steigender Kreditzinsen deutlich zurückging.

Zur Finanzierung ihrer Schulden sind die USA auf das Ausland angewiesen. Im Dezember 2009 hatten laut Finanzministerium die im Ausland gehaltenen US-Staatspapiere einen Wert von 3,7 Billionen Dollar; davon entfielen allein auf China rund 895 Milliarden Dollar (24,3 Prozent). Sollte es der Obama-Administration nicht gelingen, die Staatsschulden in den Griff zu bekommen, könnte dies Amerikas Gläubiger veranlassen, ihre Devisenreserven stärker zu diversifizieren – ein Trend, der sich bereits seit einigen Jahren abzeichnet. Im Dezember 2009 war bei den vom Ausland

gehaltenen US-Staatsanleihen ein Rückgang in der Rekordhöhe von 53 Milliarden Dollar zu verzeichnen. Allein China zog rund 34 Milliarden Dollar ab. In welchem Maße sich dieser Trend fortsetzen wird, hängt jedoch nicht nur von der Verschuldung der USA, sondern auch von der Attraktivität des amerikanischen Marktes insgesamt ab – und davon, wie gut es der Administration gelingen wird, auch andere notwendige Reformen durchzusetzen. Überdies ist es eine Frage der Anlagealternativen, also der Anziehungskraft anderer Wirtschaftsräume. Gleiches gilt für den Außenwert des Dollars. So spiegelt der aktuell steigende Wert der Währung gegenüber dem Euro nur zum Teil die wirtschaftliche Erholung der USA wider. In stärkerem Maße ist die Aufwertung des Dollars den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der EU, vor allem Griechenlands, geschuldet. Viel hängt vom Vertrauen der Märkte in die USA ab.

Politische Widerstände

Dass der Haushalt konsolidiert werden muss, sobald die Wirtschaftskrise überwunden ist, steht außer Frage. Ob Obama dies gelingen wird, hängt allerdings nicht allein von der ökonomischen Entwicklung, sondern vor allem auch vom Kooperations-

Infokasten

Der Haushaltsprozess in den USA

Zu Beginn jeden Jahres erarbeitet das zur Administration gehörende *Office of Management and Budget* in enger Absprache mit dem Präsidenten einen Haushaltsentwurf, der traditionell am ersten Montag im Februar vorgelegt wird. Diese Ausarbeitung ist weder ein Gesetzesvorschlag noch in anderer Weise verbindlich, setzt aber wichtige Rahmendaten für die Entscheidungsfindung im Kongress.

Daraufhin beginnt die zweite Phase des Budgetprozesses. Die ständigen Ausschüsse in Senat und Repräsentantenhaus beraten den präsidentiellen Etatentwurf und erstellen einen unverbindlichen Plan für die finanzielle Ausgestaltung der Programme in ihren Zuständigkeitsbereichen. Die Haushaltsausschüsse der beiden Kammern entwickeln dann jeweils eine Gegenvorlage zum Entwurf des Präsidenten, die sogenannte Haushaltsresolution (*Budget Resolution*). Unterstützung erhalten sie dabei vom *Congressional Budget Office*. Die Resolution enthält Informationen über die Gesamteinnahmen, die Summe der neuen Ausgaben, das Defizit bzw. den Überschuss des Etats und die Verschuldung. Einander angeglichen werden die Vorlagen der zwei Kammern in einem Vermittlungsausschuss. Wie der Haushaltsentwurf des Präsidenten besitzt auch die *Budget Resolution* keinerlei legislative Autorität. Sie dient vielmehr als Rahmen für die eigentlichen Einnahmen- und Ausgabengesetze. Die Haushaltsresolution soll jedes Jahr bis zum 15. April vorliegen; diese Frist wird allerdings regelmäßig überschritten.

In der dritten Phase finden die Verhandlungen über die konkreten Ausgaben statt. Diese können in zwei Kategorien unterteilt werden: die Ermessensausgaben (*discretionary spending*) und die gesetzlich festgelegten Pflichtausgaben (*mandatory spending*, auch *direct spending* genannt). Letztere machen etwa zwei Drittel der Staatsausgaben aus.

Über die Ermessensausgaben entscheidet der Kongress jährlich, meist in zwei Schritten. Zuerst werden in der *Authorization* die Inhalte eines Einzelprogramms festgelegt und Aussagen zur notwendigen Finanzierungshöhe getroffen. Dann wird dem Programm ein Geldbetrag zugewiesen (*Appropriation*). Die zwölf *Appropriation Bills* (u.a. für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Verteidigung, Energie und Wasser, Postwesen) werden zunächst vom Repräsentantenhaus vorgelegt und dann an den Senat weitergeleitet, der eigene Vorschläge entwickelt. Eine Angleichung der Entwürfe findet daraufhin im *Conference Committee* statt. Wie jedes andere Gesetz durchlaufen die *Appropriation Bills* den gesamten legislativen Prozess, müssen also jeweils auch vom Präsidenten unterzeichnet werden. Dieser hat die Möglichkeit, die Gesetze mit einem Veto zu belegen; einzelne Abschnitte blockieren (*Line Item Veto*) kann er dagegen nicht. Der Prozess der Mittelzuweisung soll Ende Juni eines jeden Jahres abgeschlossen sein – was ebenfalls so gut wie nie erreicht wird.

Die Pflichtausgaben (darunter fallen die Rentenversicherung – *Social Security* – sowie die Gesundheitsprogramme *Medicare* und *Medicaid*) werden in sogenannten *Permanent Laws* (auch als *Authorization Legislation* bezeichnet) geregelt; über sie wird nicht jedes Jahr neu entschieden. Enthält die Haushaltsresolution jedoch eine *Reconciliation Directive*, müssen Pflichtprogramme (Ausgaben und Einnahmen) von den zuständigen Ausschüssen entsprechend modifiziert werden. Durch die *Reconciliation* sollen die Ausgaben mit den in der Resolution festgelegten Höchstbeträgen in Einklang gebracht werden. Dies geschieht z.B. durch Zusätze zu den bestehenden Gesetzen. Für die Verabschiedung reicht eine einfache Mehrheit in beiden Kammern; ein Filibuster im Senat – das Verhindern einer Abstimmung durch Dauerreden – ist nicht möglich.

willen des Kongresses ab. Bislang haben die Republikaner alle großen Reformvorhaben der Obama-Administration blockiert (Gesundheits-, Klima-, Finanzmarktreform). Und auch viele Kürzungsvorschläge in Obamas erstem Etatentwurf für das Haushaltsjahr 2010 hatte der Kongress nicht mitgetragen. Überdies stehen im November 2010 die Zwischenwahlen zum Kongress an. Erfahrungsgemäß sind US-Parlamentarier wenig begeistert, wenn schwierige Sparvorhaben in einem Wahljahr zu realisieren sind.

Einen ersten Teilerfolg konnte die Administration jedoch bereits verbuchen, als der Kongress die von Obama geforderte *Pay-As-You-Go*-Regel billigte. Demnach müssen zusätzliche Ausgaben durch Einnahmen oder Einsparungen auf anderen Feldern ausgeglichen werden (ausgenommen sind auch hier *Medicare* und *Medicaid* sowie der Militärhaushalt). Die *Pay-As-You-Go*-Regel des *Budget Enforcement Act* von 1990 war 2002 ausgelaufen und angesichts der Wirtschaftskrise, die auf das Platzen der IT-Blase und die Terroranschläge vom 11. September 2001 folgte, nicht verlängert worden.

Der Senat stimmte der *Pay-As-You-Go*-Regel am 28. Januar 2010 in einer Resolution zu, mit der die Verschuldungsgrenze von 12,4 auf 14,3 Billionen Dollar angehoben wurde. Die Entscheidung fiel entlang der Parteilinien: Alle 58 Demokraten zuzüglich zweier Unabhängiger sprachen sich für *H. J. Res. 45: Statutory Pay-As-You-Go Act of 2010*, alle Republikaner (mit einer Enthaltung) dagegen aus. Das Repräsentantenhaus billigte das Gesetz am 4. Februar. Alle 217 Ja-Stimmen kamen aus den Reihen der Demokraten. 174 Republikaner und 38 Demokraten votierten mit Nein; kein einziger Republikaner stimmte für die Vorlage.

Weit weniger erfolgreich waren Obama und die Demokraten mit ihren Plänen, eine Haushaltskommission zur Konsolidierung des Etats einzusetzen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, der Demokrat Kent Conrad (D-NH), legte Ende 2009 zusammen mit seinem republikanischen Kollegen Judd Gregg (R-NH) den *Bipartisan*

Task Force for Responsible Fiscal Action Act vor. Gemeinsam mit Max Baucus, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses im Senat, empfahl Conrad dann im Januar 2010, *H. J. Res. 45* um einen entsprechenden Gesetzeszusatz zu ergänzen. Die geplante Kommission sollte mit erheblicher Macht ausgestattet werden – über ihre Vorschläge hätte der Kongress nur noch mit Ja oder Nein entscheiden können, Änderungen wären nicht möglich gewesen. Gerade diese Fast-Track-Komponente stieß bei vielen Kongressmitgliedern auf starken Widerstand. Schließlich zogen die beiden Senatoren ihren Gesetzentwurf wieder zurück.

Obama versuchte sich daraufhin im Alleingang und rief Mitte Februar selbst eine *Bipartisan National Commission on Fiscal Responsibility and Reform* ins Leben. Von den 18 Mitgliedern der Kommission müssen 12 amtierende Kongressangehörige sein. Die demokratische bzw. republikanische Führung von Senat und Repräsentantenhaus ernennt jeweils drei Mitglieder. Der Präsident kann sechs weitere Personen in die Kommission berufen; höchstens vier von ihnen dürfen derselben Partei angehören. 14 der 18 Stimmen sind notwendig, damit ein Vorschlag angenommen wird.

Bis zum 1. Dezember 2010 soll die Kommission dem Kongress einen Plan unterbreiten, wie bis 2015 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann. Als Vorsitzende des Gremiums berief der Präsident den Demokraten Erskine Bowles, einst Stabschef von Bill Clinton, und den ehemaligen republikanischen Senator Alan Simpson. Die beiden hatten in den 1990er Jahren eine überparteiliche Einigung auf den ersten ausgeglichenen Haushalt der USA seit fast drei Jahrzehnten vermittelt.

Ob die Kommission erfolgreich sein wird, ist jedoch fraglich. Ohne ernsthafte Machtbefugnisse wird sie nicht mehr als ein zahnloser Tiger sein. Die Republikaner sträuben sich gegen ein parteienübergreifendes Gremium, da sie im anstehenden Wahlkampf nicht mit Steuererhöhungen in Verbindung gebracht werden wollen.

Tabelle 2
Zustimmungsraten im Februar 2010

Frage	Antwort	Gesamt	Republi- kaner	Demokrat en	Unab- hängige
»Halten Sie Obamas Umgang mit dem Haushaltsdefizit für richtig?« (in Klammern: Werte von Juli 2009)	Ja	31 (40)	10	54	27
	Nein	58 (43)	86	34	58
	Weiß nicht	11 (17)	4	12	15
»Sollte die Regierung mehr für die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeben, auch wenn dies ein steigendes Haushaltsdefizit zur Folge hat? Oder sollte sie stattdessen den Haushalt konsolidieren?«	Schaffung von Arbeitsplätzen	47	26	70	45
	Konsolidierung des Haushalts	45	68	28	44
	Nicht sicher	8	6	2	11
»Würden Sie eine Reduzierung der Ausgaben für Gesundheit und Bildung unterstützen, wenn dies zu einem ausgeglichenen Haushalt führen würde?«	Ja	30	47	17	28
	Nein	62	45	79	62
	Nur in bestimmten Bereichen	5	5	4	7
	Weiß nicht	3	3	0	3
»Würden Sie eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben unterstützen, wenn dies zu einem ausgeglichenen Haushalt führen würde?«	Ja	45	31	55	46
	Nein	51	66	42	48
	Nur in bestimmten Bereichen	2	2	0	2
	Weiß nicht	2	1	3	4

Quelle: CBS News/New York Times Poll, *The President, Congress and Dissatisfaction with Government*, 5.-10.2.2010, <www.cbsnews.com/htdocs/pdf/poll_Obama_Congress_021110.pdf>.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
 Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
 Stiftung Wissenschaft und Politik
 Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
 10719 Berlin
 Telefon +49 30 880 07-0
 Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Zudem ist der Haushalt ein weiterer Spielstein in der Blockadestrategie der Minderheitspartei. Bislang scheint diese Strategie aufzugehen. Zwar steigt in der Bevölkerung auch der Unmut über den Kongress – nur 8 Prozent der Wähler sind der Meinung, dass ihr jeweiliger Abgeordneter die Wiederwahl verdiene. Doch der Stillstand in Washington wird bislang vor allem als Versagen der Administration gewertet.

Für die Demokraten ist das Thema Haushalt politisch heikel. Einerseits herrscht unter den US-Bürgern große Unzufriedenheit über die hohen Staatsschulden. Andererseits müssen die Demokraten mit herben Verlusten rechnen, sollte die Arbeitslosenrate nicht bald deutlich sinken. Dies aber wird nicht ohne zusätzliche Ausgaben möglich sind. Einige Demokraten betrachten daher den Schwenk hin zur Defizit-reduzierung als verfrüht. Bei der jüngsten Umfrage des *Pew Research Center for the People & the Press* über die politischen Prioritäten der Bevölkerung für das Jahr 2010 landeten die Themen Wirtschaft und Jobs auf den Plätzen eins und zwei. Doch schon auf Rang

sieben der Liste steht das Ziel eines ausgeglichenen Budgets. Bloß eine Minderheit der Amerikaner ist mit der Haushaltspolitik des Präsidenten zufrieden (vgl. Tabelle 2). Dabei fällt die Zustimmungsraten nicht nur bei den Republikanern, sondern auch unter parteiungebundenen Wechselwählern niedrig aus. Genau auf diese Gruppe aber sind die Demokraten angewiesen, wollen sie ihre Mehrheiten im Kongress halten.

Traditionsgemäß wird die Regierungspartei bei den Zwischenwahlen abgestraft. Die Demokraten müssen also schon deshalb mit herben Verlusten in beiden Kammern des Kongresses rechnen. Dies heißt aber nicht unweigerlich, dass eine Konsolidierung des Haushalts dann nicht mehr möglich ist. Bill Clinton etwa gelang es in den 1990er Jahren, mit einem republikanisch dominierten Kongress Überschüsse zu erzielen. Einen solchen Erfolg kann Obama aber nur dann wiederholen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Amerikas Wirtschaft muss in den nächsten Jahren wieder kräftig wachsen, und die Republikaner müssen ihre Blockadestrategie aufgeben.